

## **JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 9. JANUAR 2020**

---

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

### **Solidarität als Voraussetzung für die Zukunft der Demokratien**

Das Jahr 2020 markiert den Beginn eines neuen Jahrzehnts und bietet daher die Gelegenheit, eine Bilanz zu ziehen. Ein Überblick über unser unmittelbares und entfernteres Umfeld zeigt bestenfalls gemischte Wirtschaftsaussichten, kaum mehr als zehn Jahre nach der letzten schweren Krise. Die soziale Situation verschlechtert sich in vielen Ländern, und manchmal schützt auch Arbeit nicht mehr vor Armut und Unsicherheit. Überall – und das hängt klar zusammen – sinkt das Vertrauen in die Regierungen und im weiteren Sinne in die Institutionen, was entweder zum individuellen Rückzug oder zur Hinwendung zu autoritären oder völkisch-identitären Lösungen führt. Dieser Prozess ist schon so weit fortgeschritten, dass er die demokratischen Grundlagen in vielen Regionen der Welt geschwächt wurden.

Der in vielen Ländern und zu vielen Themen zum Ausdruck gebrachte Volkszorn hat sehr reale Ursachen. In den letzten drei Jahrzehnten haben die Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen stark zugenommen. Seit der Krise 2008 ist das nicht anders, im Gegenteil: Die Akkumulation von Kapital in den Händen einiger weniger und dessen Horten in Unternehmen hat zu einer realen Stagnation der Kaufkraft sehr grosser Teile der Bevölkerung geführt. Erfreulicherweise hat die Arbeit der Gewerkschaften gegen Dumping und für bessere Gesamtarbeitsverträge insbesondere in der Schweiz zu einigen Erfolgen geführt, vor allem im Bereich der niedrigeren Löhne. Tatsache bleibt jedoch, dass viele hart arbeitende Menschen keine wirklichen Aussichten auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben.

Schlimmer noch, auch die kollektiven Solidaritätsmechanismen werden in unterschiedlichem Ausmass unerbittlich angegriffen. Die Systeme zur Gewährleistung eines Einkommens für Rentner, Arbeitslose und Menschen mit Behinderungen wurden mehr oder weniger frontal angegriffen. In der Schweiz konnten mehrere dieser Versuche verhindert werden, hauptsächlich durch die progressive Bewegung, mit den Gewerkschaften in zentraler Position. Aber in vielen Fällen, wie z.B. bei der Altersvorsorge, ist es neben dem nicht enden wollenden Rückgang der Renten in der 2. Säule auch die Untätigkeit, d.h. die fehlende Anpassung der Leistungen an die Preis- und Lohnentwicklung, die eine Form der Schwächung in kleinen Schritten darstellt. Die Folge ist, dass die Aussichten auf den Ruhestand nur noch schlechter werden und wir de facto eine Privatisierung der Altersvorsorge erleben, eine Privatisierung, die für die Arbeiter- und Mittelschicht sehr kostspielig ist.

Auch die Entsolidarisierung der Gesellschaft kommt in schleichender Form daher. Es geht darum, die Arbeit unter dem Deckmantel vermeintlich neuer Funktionen im Zusammenhang mit der digitalen Technologie durch Outsourcing, die Vergabe von Dienstleistungen an Subunternehmer und den zunehmenden Einsatz von Zeitverträgen prekärer zu gestalten. Sie beinhaltet die Forderung nach einer erhöhten Verfügbarkeit für den Arbeitgeber. Ausserhalb der Arbeitswelt drückt sie sich auch in Tendenzen zur Wohnsegregation aus, wenn die Marktmieten in bestimmten städtischen oder vorstädtischen Gebieten eine wirkliche Vermischung effektiv ausschliessen.

Kann man sich vorstellen, dass eine Wirtschaft, die nicht nach und nach die Situation aller verbessert, die an der Schaffung von Wohlstand beteiligt sind, nachhaltig funktionieren kann, ohne Gefühle der Ausgrenzung oder Revolte zu verursachen? Die Erfahrung lehrt uns, dass das nicht geht. Die Schweiz ist zwar nicht am schlechtesten aufgestellt, aber sie ist nicht immun gegen das wachsende Misstrauen gegenüber den Behörden und das Gefühl, dass die verschiedenen Gesellschaftsschichten nun getrennte Schicksale leben. Resultat: keine Reform, kein grosses Projekt könnte mehr Mehrheiten finden, weder im öffentlichen Diskurs, noch in Volksabstimmungen.

Um nicht in diese Sackgasse zu geraten, muss der Staat seine strategische Rolle zurückgewinnen und es müssen wieder starke Solidaritätsmechanismen entwickelt werden. Nur dann werden wir in der Lage sein, die Einheit und den Zusammenhalt wiederherzustellen, die notwendig sind, um die grossen Herausforderungen zu bewältigen, die vor uns liegen, vom Kampf gegen die globale Erwärmung bis hin zu den Beziehungen zu unseren Nachbarn. Die ehrgeizige soziale Agenda, die wir fordern, ist keine abstrakte Idee: Sie ist die *conditio sine qua non* dafür, dass die Schweiz weiterhin Reformen durchführen, friedliche Handels- und diplomatische Beziehungen mit ihren Partnern unterhalten und die neuen Probleme angehen kann. Im Ausland beginnt man, diese soziale Anforderung zu verstehen. In Deutschland, Spanien und Portugal wurden auf Druck linker Kräfte deutliche Lohnerhöhungen durchgesetzt oder angekündigt – und auch die Vorwahlen der Demokraten in den USA spiegeln diese Rückkehr der sozialen Frage wider. In anderen Ländern, wie z.B. in Chile, Polen oder neuerdings im Vereinigten Königreich, sind es rechte Mehrheiten, die solche Erhöhungen durchsetzen wollen.

Das Dossier von Daniel Lampart, das wir heute veröffentlichen, verdeutlicht mit Zahlen diese Notwendigkeit, die Solidaritätsmechanismen zu erneuern. Wir wollen im Jahr 2020 diese lange neoliberale Episode beenden. Wir beginnen das Jahr nicht, indem wir eine Liste von Forderungen und Projekten vorlegen. Vielmehr legen wir im Gegenteil ein vollständiges und kohärentes Analyseraster vor, anhand dessen wir die wichtigsten Themen des Jahres abarbeiten werden. Von der Altersvorsorge bis zum Klimawandel, von der europäischen Frage bis zur Frage der Beschäftigung und der Löhne werden wir diese einfache, aber wirksame Idee verteidigen: Ein konkretes und starkes Wiederaufleben der Solidarität und des sozialen Fortschritts sind die unabdingbare Voraussetzung für jedes ehrgeizige Zukunftsprojekt.